

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Johann Walter **3** Theoretische, politische und praktische Aspekte einer Vollgeldreform
- Dirk Löhr **11** Vollgeld – monetaristischer Aufguss oder Wunderwaffe?
- Ferdinand Wenzlaff **22** Vollgeld: eine (keynesianische) makroökonomische Analyse
- Thomas Betz **31** Vom Freigeld zum Vollgeld und vom Vollgeld zum Freigeld
- Beate Sauer **40** Virtuelle Währungen und Online-Zahlungssysteme – Entgrenzung der Geldschöpfung oder Möglichkeit für ein alternatives Vollgeld-/Freigeld-System?
- Hans-Günter Wagner **50** Zwischen Vernunft und Emotion – Wirtschaftsethische Paradigmen (II)
- Dieter Fauth **59** Martin Luthers Umgang mit dem Zinsproblem
- 62** Bücher – Veranstaltungen – Personalie
- 79** 60. Mündener Gespräche in Wuppertal

Herausgeber: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Verlag: Verlag für Sozialökonomie
Rettberg-Gauke Verlags- und Medienservice
Eilers Teich 4, 31139 Hildesheim
Telefon: 05121-2041974
eMail: info@rettberg-gauke.de
www.gauke.net

Jahresabonnement

(4 Folgen, derzeit 2 Doppelfolgen jährlich):
20,00 EURO incl. MWSt. und Porto.

Ermäßigtes Jahresabonnement:

Schüler, Auszubildende, Studierende & Erwerbslose bei entsprechendem Nachweis 15,00 EURO incl. MWSt. und Porto. Abonnements verlängern sich automatisch um ein Jahr, wenn sie nicht bis 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums gekündigt werden.

Zahlungen stets erst nach Erhalt einer Rechnung!

Auslieferung und Inkasso: Schmidt & Klauinig
Ringstraße 19, 24114 Kiel
Telefon: 0431-66064 0 | Telefax: 0431-66064 24
h.stamp@schmidt-klauinig.de

Redaktion: Dipl. Ökonom Werner Onken
— verantwortlich —
Weitzstr. 15, 26135 Oldenburg
Telefon: 0 441 - 36 111 797 [AB]
eMail: onken@sozialoekonomie.info

Redaktionsschluss: Ende Februar bzw. Ende August für die jeweils im April bzw. Oktober erscheinenden Doppelhefte.

Gewinnabsichten sind mit der Herausgabe nicht verbunden.

Die Zeitschrift dient dem Meinungsaustausch über gesellschaftliche und wirtschaftliche Zeitfragen.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren selbst verantwortlich.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlages.
Für unverlangte Manuskriptensendungen wird keine Haftung übernommen.

Die Texte in unserer Zeitschrift sind hinsichtlich der Rechtschreibung leider vorläufig noch genauso unterschiedlich wie die derzeitige diesbezügliche Situation im deutschsprachigen Raum.
Wir bitten Sie um Verständnis dafür.

© Copyright by
Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e. V.,
Hamburg
Printed in Germany

"Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung"

1. Vorsitzender: Ass. jur. Fritz Andres
Dhaunerstr. 180, 55606 Kirn
Telefon/Telefax: 0 67 52-24 27
eMail: fritz.andres@gmx.de

2. Vorsitzender: Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Berlin
www.stiftung-geld-boden.de

Die "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" wurde 1973 als "Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit" gegründet und erhielt 1997 ihren jetzigen Namen. Sie hat ihren Sitz in Hamburg und wurde vom Hamburger Senat als gemeinnützig anerkannt.

§ 2 ihrer Satzung lautet: "Die Stiftung fördert die Wissenschaft auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in bezug auf das überkommene Geldwesen und ein modernes Bodenrecht. Sie verbreitet die Ergebnisse ihrer Forschung durch Wort und Schrift. Sie unterstützt gleichgerichtete, als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen."

"Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V."

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Dirk Löhre

2. Vorsitzender und Geschäftsführer:
Dipl.-Volkswirt Ass. jur. Jörg Gude

Geschäftsstelle:
Wiedel 13, 48565 Steinfurt
eMail: joerggude@aol.com

www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Erkenntnisgewinn wird bislang noch vielfach durch mächtige Gruppeninteressen und in zunehmendem Maße auch durch rechts- und linksextremistische Ideologien fehlgeleitet. Im Gegensatz dazu hat sich die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft das Ziel gesetzt, ordnungspolitische Grundlagen für eine sozial- und umweltverträgliche Marktwirtschaft sowie für eine freiheitliche Demokratie zu erarbeiten. Sie bekennt sich zu den Grundsätzen:

- der Respektierung der Würde und Rechte aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion,
- der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit im Rahmen der Verantwortung eines jeden Menschen für sich und die Allgemeinheit,
- des Eigentums an selbst erarbeiteten Gütern,
- einer freien, weder durch Monopole und Machtinteressen noch durch protektionistische Schranken verfälschten Marktwirtschaft,
- der Achtung vor der natürlichen Umwelt als einem Gemeinschaftsgut,
- der Verständigung zwischen Menschen und Völkern in einer weltoffenen Zivilgesellschaft,
- des Strebens nach innerem und äußerem Frieden.



Liebe Leserin und lieber Leser,

in diesem Jahr wird vielerorts daran gedacht, dass vor 150 Jahren der Band 1 des „Kapital“ von Karl Marx erschien. Außerdem begann vor 70 Jahren die Oktoberrevolution in Russland, die zu Unfreiheit, Hunger, Elend, einem blutigen Bürgerkrieg und Jahrzehnte langer Diktatur führte. Der der kapitalistischen Welt von Marx prophezeite „große Kladderadatsch“ ist bislang ausgeblieben. Doch ist sie ihm in der großen Weltfinanzkrise von 2008 nur knapp entronnen. Ist danach die Gefahr ihrer Wiederholung für alle Zeiten gebannt worden?

Nötig wäre es, auf nationalen und internationalen Ebenen das Geldwesen gerechter zu gestalten, um damit die Welt in eine bessere Ordnung zu bringen und rechtspopulistischen Verirrungen den Nährboden zu entziehen. Doch hat es nach der großen Krise noch sage und schreibe 10 Jahre gedauert, bis der „Verein für Sozialpolitik“, die Organisation der Ökonomen in Deutschland, Österreich und in der Schweiz, auf seiner Jahrestagung im September 2017 an der Universität Wien zum ersten Mal das Thema „Alternative Geld- und Finanzarchitekturen“ auf seine Tagesordnung gesetzt hat (http://vfs2017.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/k_vfs2017/Tagungsinformation/Vfs_Conference-Book.pdf, bes. S. 13).

Die im Schatten der Standardökonomie schon lange geführte heterodoxe Diskussion über die Notwendigkeit einer Geldreform wurde in den letzten Jahren sehr stark vom Vollgeld-Konzept bestimmt, das Joseph Huber ausgehend vom „100%-Money“ der beiden US-amerikanischen Ökonomen Henry Simons und Irving Fisher entwickelt hat. Nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 hatten Simons und Fisher die Möglichkeit der Geschäftsbanken, Giralgeld auf dem Kreditwege selbst zu schöpfen, als den entscheidenden Treibsatz für die damalige Krise betrachtet. Allein die Zentralbanken sollten zur Versorgung

der Wirtschaft mit Geld berechtigt und natürlich auch verpflichtet sein. Die von Huber gegründete Organisation „Monetative e.V.“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Konzept des Vollgeldes in die wissenschaftliche Diskussion zu bringen, um damit zur Überwindung der seit 2008 anhaltenden zweiten großen internationalen Finanz- und Staatsschuldenkrise beizutragen. In Wien wurde es tatsächlich Gegenstand der Diskussion.

Neben dem Vollgeld gibt es auch noch den von Silvio Gesell begründeten Geldreformansatz des Freigeldes, der durch die neuere Negativzinsentwicklung und die Diskussionen über die Zukunft des Bargeldes wieder an Aktualität gewonnen hat. Eine Synthese beider Geldreformkonzepte könnte eine angemessene Antwort auf die aktuellen Krisenentwicklungen sein. Aus der Perspektive des Vollgeldes gibt es jedoch noch eine Abwehrhaltung gegen das Freigeld und aus der Perspektive des Freigeldes gibt es noch Fragen an die Verfechter des Vollgeldes.

Darüber wurde bei den Mündener Gesprächen im Frühjahr 2017 kontrovers und ergebnisoffen diskutiert. Im abschließenden Vortrag ging es um die Frage, ob sog. Kryptowährungen und Online-Bezahlsysteme wie Bitcoin, Paypal & Co. ganz neue Möglichkeiten einer Entgrenzung der Geldschöpfung eröffnen und was ihre Ausbreitung sowohl für das Vollgeld als auch für das Freigeld bedeutet. Zugleich wurde diskutiert, ob virtuelle Währungen eine Vollgeld- und/oder Freigeld-Alternative darstellen können.

Den gegenwärtigen Stand der Diskussion in Freigeldkreisen über Möglichkeiten und Grenzen des Vollgeldes sowie von Kryptowährungen wollen wir in der vorliegenden Ausgabe der „Zeitschrift für Sozialökonomie“ dokumentieren und damit zu einem weiteren Nachdenken über eine Kombinierbarkeit von Vollgeld und Freigeld anregen.

Werner Onken

Plädoyer für eine plurale, vorurteilsfreie und undogmatische Forschung in der Ökonomie

„Im Moneyfest wird eine Perspektive angestrebt, die sich nicht einseitig auf bestimmte ökonomische oder sonstige Theorie- und Politikabgrenzungen stützt. Die (post)keynesianische Seite hebt zutreffend Verteilungs- und Einkommenskreislaufaspekte hervor. Hyman Minsky analysierte die Instabilität und Prozyklichkeit des Finanzsektors. Die österreichische Schule problematisiert Verzerrungen durch Zinsmanipulationen und den Aufbau von Schuldenkaskaden. Die Tradition des deutschen Ordoliberalismus erhellt u.a. den Blick auf die Grundlagen der Geldordnung und regt Überlegungen zu einer radikalen Geldreform an (Vollgeld). Die Freiwirtschaftslehre erinnert vehement an die Frage, ob nicht der (Zinses-)Zins strukturell destabilisierend wirkt. Ansätze einer Postwachstumsökonomie stellen das Wirtschaftswachstum als zentralen Zielparameter in Frage. Die Regionalgeldbewegung erinnert an die negativen Seiten eines abstrakten, aus lokalen sozialen Zusammenhängen ausgegliederten monopolistischen Geldsystems, das Sozialbeziehungen untergräbt und fordert – wie die Postwachstumsbewegung – einen kulturellen Wandel (Suffizienz, Entschleunigung). Heterodoxe, zum Teil dem kritischen Institutionalismus zuzurechnende Autoren wie Kindleberger und J.K. Galbraith analysieren stets wiederkehrende psychologische Faktoren und erkennbare wirtschaftshistorische Muster. Eine umfassende finanzsoziologisch-politökonomische Dimension ist unerlässlich, um ansonsten irrational erscheinende Entscheidungen auf der politischen Bühne deuten zu können. Alle genannten Ansätze haben auch ihre ... Einseitigkeiten und Schwächen. Eine solche Herangehensweise hilft, sie zu vermeiden. ...

Auf welcher Grundlage ruht also dieses Moneyfest angesichts der hier vorgebrachten Kritik der offiziellen Politik und des ökonomischen Mainstream? Nach Meinung des Verfassers lässt sich nicht vorab objektiv ermitteln, welches der erste Lösungsweg aus der Krise ist. ... Das Moneyfest beschreitet daher nicht den Weg der Wissensanmaßung einer situativen Krisenpolitik. Es fragt jenseits komplizierter Rechenmodelle und braver Reförmchen, was strukturell reformbedürftig ist. Es setzt auf einfache, verständliche und unbürokratische Maßnahmen, die Krisen gar nicht erst entstehen lassen sollen, da diese nach Ausbruch ähnlich einer Kernschmelze in einem Atomkraftwerk kaum zu beherrschen sind.“

Prof. Dr. Helge Peukert
 Das Moneyfest – Ursachen und Lösungen der
 Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise,
 2. aktualisierte Auflage Marburg 2015, S. 25-26.